Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 81. Freitag den 6. April. 1849.

Wegen des heutigen Charfreitages wird morgen keine Zeitung ausgegeben.

Inland.

Berlin, den 5. April. Se. Majestät der König haben Aller- gnädigst geruht: die bisherigen Regierungs-Assessoren Schlick, von Müllmann, Jacobi, Beyer, von Czudnochowski, Pas- sarge, von Ruville, Günther, Paasch, v. Meusel, Eich- horn, von Mörner, Boretius und Hegel, den Advokat-An- walt Boltz und den Kreis-Justizrath a. D. von Götz zu Regier ngs- Räthen zu ernennen.

Dem Musiklehrer Karl Herrmann Küster zu Saarbrücken ist das Prädikat „Musik-Direktor" beigelegt worden.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf v. Renard ist nach Breslau, und der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, ist nach Magdeburg abgereist.

* Posen, den 5. April. Die Nachrichten aus Berlin, die der Frankfurter Deputation ertheilte ablehnende Antwort hat hier im Allgemeinen unter der deutschen Bevölkerung eine tiefe Bestür- zung hervorgerufen. Schon der ganzen Sachlage nach erschien es traurig, daß die Nothwendigkeit unausweislich dahin drängte, aus dem Verbande der deutschen Einheit den österreichischen Stamm ausscheiden zu lassen; noch trauriger, daß Oesterreich selbst so wenig sich dem gütlichen Verständniß dieses unvermeidlichen Schrittes eröffnen wollte und als eine direkt gegen seinen Stamm geschmiedete Feindseligkeit betrachtete, was doch nur als Gebot einer unbezwinglichen Nothwendigkeit sich zur Geltung gebracht hatte. Den allertraurigsten Eindruck aber machte es, daß das Preußische Kabinet von dieser zwischen dem Berliner und dem Wiener Hof durch absichtlichen Ministerstand herbeigeführten Spannung sich schrecken, und zu einer Politik des Zauderns und der Unentschiedenheit verleiten ließ. Die Ablehnung hat bei der schwankenden Art, in der sie ausgesprochen uns vorliegt, nicht einmal das Verdienst, für weitere Maßnahmen des Parlaments einen sichern Anhaltspunkt zu gewähren. Sie sagt nicht nein, sie sagt nicht ja; das Volk aber erwartete ein thatkräftiges Zugreifen oder — ein Fall, dessen Eventualität man sich bei den ungeheuren Folgen allerdings nicht lebhaft zu vergegenwärtigen wagte — ein entschlossenes, bündiges Zurückweisen. Durch die in ihren eigenen Wünschen unklare Haltung der Königlichen Antwort ward, fürchten wir, ein großer Theil der in Süddeutschland bereits auch im Volke aufkeimenden Sympathieen für ein preußisches Erbkaiserthum aufs Neue erstickt, und wer weiß, ob und wann jemals dieser Schade wieder gut gemacht werden kann. Unter den männlichen Tugenden steht die Entschiedenheit obenan; nur der Entschiedenheit zollt eine Nation die Achtung, aus welcher bei Hinlenkung auf ein richtiges, volksthümliches Ziel die hingebende, aufopfernde Liebe entspringt. Ein bereitwilliges Eingehen auf die Wünsche des deutschen Volkes hätte vielleicht zu Differenzen mit Oesterreich geführt, sicherlich aber der Preußischen Hegemonie gerade durch die übernommene Gefahr für Deutschland den festesten Halt in Deutschland verschafft. Noch ist auf frischer That das Uebel wieder bis auf einen gewissen Grad zu mildern: das Preußische Volk unterstützt durch offen dargelegte Kundgebungen den Ausspruch der Kammer, daß es die erforderlichen Opfer nicht scheuen werde, Deutschland durch Preußen zu kräftigen, gegen den Uebermuth neidischer, mißgünstiger Selbstsucht das Einheitswerk mit starker Hand in Schutz zu nehmen. Das Volk suche durch bereitwilliges, muthiges Entgegenkommen die Flauheit zu besiegen, die der lauwarme, von den Räthen der Krone ausgearbeitete Bescheid im übrigen Deutschland nothwendig hervorrufen muß.

Berlin, den 3. April. Die von Sr. Majestät an die Frankfurter Deputation ertheilte Antwort lautet wörtlich: „Meine Herren! Die Botschaft, als deren Träger Sie zu Mir gekommen sind, hat Mich tief ergriffen. Sie hat Meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche Mir als dem Könige Meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, Meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß. In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie, Meine Herren, Mir überbringen, erkenne Ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt Mir ein Anrecht, dessen Werth Ich zu schätzen weiß. Er fordert, wenn Ich ihm folge, unermeßliche Opfer von Mir. Er legt Mir die schwersten Pflich- ten auf. Die deutsche Nationalversammlung hat auf Mich vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr Meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen. Aber, Meine Herren, Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, Ich würde Deutschlands Ein- heit nicht aufrichten, wollte Ich, mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sei, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, Meine Herren, verkündigen Sie in allen seinen Gauen: Bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde Ich, auch ohne Ruf, nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg Meines Hauses und Meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue!" Se. Majestät geruhten hierauf, Sich durch den Präsidenten Simson die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen zu lassen und Sich mit denselben längere Zeit zu unterhalten. Die Deputation ist von Sr. Majestät zum Diner heute Mittag in Charlottenburg eingeladen. (P. St.-A.)

Berlin, den 3. April. Seit kurzer Zeit weilt der k. k. Oesterreichische Ministerialrath Dr. jur. Becher in unserer Stadt, um über die Verbindung der Telegraphen-Linien mit den diesseitigen Behörden zu unterhandeln. Wir vernehmen mit Vergnügen, daß eine Uebereinkunft bereits dem Abschlusse nahe ist, nach welcher die Telegraphenverbindung von Wien über Oderberg und Breslau nach Berlin in kürzester Zeit in Gang kommen wird. Von Berlin gehen die Telegraphenzüge auf der einen Seite nach Hamburg, auf der andern nach Köln und Brüssel (Paris), auf der dritten über Halle, Erfurt, Eisenach nach Frankfurt a. M. Oesterreichischer Seits wird dann noch Sorge getragen werden, die Telegraphenverbindung von Nürnberg, Callembach, Hof über Leipzig, Dresden und Prag herzustellen. Deutschland wird dadurch in den Besitz der großartigsten Telegraphenverbindung auf dem Continent von Europa gesetzt.

Es liegt in der Absicht beider Regierungen, die Telegraphenverbindung auch dem Publikum zur Benutzung zu gestatten. Ueber die anzusetzenden Gebühren, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln u. s. w. soll erst später eine Uebereinkunft getroffen werden, wenn Erfahrungen darüber gemacht sind.

— Heute Morgen hatte der Kutscher des Prinzen Karl das Unglück, in der Louisenstraße einen Mann überzufahren. Wrangel, welcher in seiner Begleitung war, brachte denselben selbst zur Charitée. Auch darin wurde ein übles Omen für den heutigen Tag gefunden. (A. Z. C.)

— Gestern fand auf dem Dönhofsplatz zwischen Arbeitern und Soldaten ein kleiner Zusammenstoß statt. Letztere nämlich wurden von Bürgern zur Arbeitsverrichtung verwandt, was die Arbeiter nicht zugeben wollten, weil ihnen dadurch der Verdienst entzogen würde. Der Zufall wollte, daß gerade Hr. v. Wrangel mit seinem Adjutanten in diese Stadtgegend kam. Er verfügte sich sofort zu der unwilligen Arbeiterzusammenrottung und erkundigte sich nach dem Vorgefallenen. Die Sache war zwar bereits beigelegt, der Kommandirende nahm aber die Gelegenheit war, mit den Arbeitern in zuvorkommender Weise zu sprechen. (A. Z. C.)

— Gestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr hat hinter der Königsmauer ein bedeutender Exceß stattgefunden. Schon seit längerer Zeit ist nämlich diese verrufene Straße, in der sich früher die Häuser der Prostitution befanden, welche noch einen großen Theil ihrer Jüngerinnen hinterlassen haben, der Tummelplatz fast allabendlicher tumultuarischer Auftritte. In der Regel durchziehen Militairs die Straße, und gerathen beim Vorübergehen mit den liederlichen Dirnen, welche dort wohnen, in Streit, der häufig in Schlägereien mit diesen und ihren Beschützern ausartet. So war dies auch gestern Abend der Fall, wo eine große Zahl angetrunkener Militairs durch die Straße zog. Die dort postirten Schutzmänner geboten Ruhe, die Soldaten verhöhnten sie, und nun entstand ein blutiger Kampf, bei dem sowohl das Militair als die Schutzmänner von ihren Waffen Gebrauch machten. Aus purer Antipathie gegen die Schutzmänner schlugen sich die dort wohnenden Arbeiter, ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit, auf die Seite der Soldaten. Es mußte eine Militairabtheilung herbeigeholt werden und einschreiten. Die Tumultuanten konnten nur durch einen Bajonettangriff vertrieben, und die Königsmauer hiermit gesäubert werden. Mehrere Personen sind verwundet und 17 Verhaftungen vorgenommen worden. —

Berlin, den 4. April. Der Protest der Kammern gegen den letzten Akt der Regierung ist wesentlich dadurch geschwächt, daß die erste sich an ihm vorläufig nicht betheiligen und ein gemeinsames Handeln der beiden Gewalten dadurch unmöglich wird. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung eine Kommission zu wählen beschlossen, welche die Lage des Vaterlandes erwägen, eventuell eine Adresse an Se. Maj. entwerfen soll, um eine mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Sr. Majestät herbeizuführen. Inzwischen vertagt sie sich auf eine Woche. — In der gestern gewählten Adreß-Kommission der zweiten Kammer ist sowohl Vincke's als Kirchmann's Entwurf verworfen, und es soll der Kammer heute Abend überlassen bleiben, neue Anträge zu stellen. Dem aber wird die Geschäftsordnung hindernd in den Weg treten, der zufolge alle Anträge 24 Stunden vorher gedruckt in den Händen der Mitglieder sich befinden müssen, eine Bestimmung, die höchstens durch Stimmen-Einhelligkeit aufgehoben werden kann. Die äußerste Rechte aber wird dem ohne Zweifel widersprechen. Von der äußersten Linken ist heute Abend ein Antrag auf Tages-Ordnung zu erwarten!

— Die Anwesenheit des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha in Berlin wird mit dem Lieblingswunsch der Königin Victoria, ihren jüngsten Sohn als Nachfolger des Herzogs, der kinderlos ist, anerkannt zu sehen, in Verbindung gebracht.

— In Folge der letzten aufgehobenen Versammlung im Jaroschowitz'schen Lokale, wird letzteres jetzt jeden Abend von Wachtmannschaften geschlossen. Der Besitzer des Lokals befindet sich wieder auf freiem Fuß und hat bei dem General Wrangel über die Beeinträchtigung seines Geschäfts Klage geführt, der ihm auch Hoffnung zu einer baldigen Beseitigung der eingetretenen Beschränkung gemacht hat.

— Die Droschkenkutscher dürfen ferner nicht mehr auf den Straßen rauchen, ohne sich der in ihrem Reglement festgesetzten Strafe auszusetzen. Nach den vorjährigen Märztagen bezogen sie die gewährte Rauchfreiheit auf den Straßen auch auf sich, und glaubten in der Aufhebung des allgemeinen Verbots sei das in ihrem Reglement ausgedrückte mit inbegriffen. Selbst der Polizei-Minister soll diese Ansicht getheilt und den Polizei-Anwalt mit mehreren desfalsigen Anträgen zurückgewiesen haben. Auf den vom Polizeianwalt beim Kriminal-Senat eingelegten Rekurs hat letzterer nun darüber entschieden, daß die Vorschriften des Reglements der Droschkenkutscher über das Rauchverbot keineswegs durch das neue allgemeine Gesetz über die Rauchfreiheit auf den Straßen für aufgehoben zu betrachten sei. Nach Entscheidung dieser Prinzipienfrage sind sehr viele Strafurtel beim Polizeigericht zu erwarten.

Altona, den 2. April. Aus dem Norden bringen wir in Erfahrung, daß unsere Truppen weiter hinauf gerückt und daß von Alsen aus fortwährend Truppen nach dem Festlande verschifft werden. Am Sonnabend soll sich die Macht der in Jütland befindlichen dänischen Truppen auf 6000 (?) Mann belaufen haben. Der Gen. v. Bonin hat sämmtliche Wagen, deren er habhaft werden konnte, requirirt und auf einen Punkt concentrirt, damit, falls die Dänen auch eine Landung versuchen möchten, es denselben nicht gelingt, rasch vorwärts zu dringen. Unsere Küsten sind, wie die Berichte aus allen Gegenden der Herzogthümer ergeben, sehr stark armirt und es möchte daher wohl anzunehmen sein, daß jeder Landungs-Versuch der Dänen mißglücken werde. Wir hören, daß die wichtigsten Punkte, wo eine Landung möglich und den Dänen nutzbringend wäre, mit 84pfündigen Kanonen versehen sind, deren Zahl sich bereits auf 62 belaufen soll.

Kiel, den 30. März. (H. W. N.) Die Dänen haben unsern Hafen blockirt. Schiffen, unter diesen auch einem englischen, die in demselben einpassiren wollten, haben sie den Eingang gewehrt. — Deutsche Fahnen und Flaggen schmücken hier Häuser und Schiffe auf die Nachricht der Erwählung des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen: die Freude ist groß, unser Muth neu belebt und gestärkt.

Hannover, den 2. April. Es verlautet, daß gestern eine Note unserer Regierung nach Berlin abgegangen ist, welche dem König von Preußen die Annahme der Kaiserkrone unter Bedingungen (ohne Zweifel hinsichtlich des Veto's, des Wahlgesetzes, einiger Grundrechts-Paragraphen u. s. w.) empfiehlt. Mit Stüve's Aeußerung über die Eventualitäten des Welcker'schen Antrages verglichen, ist diese Nachricht wahrscheinlich.

Braunschweig, den 31. März. Die Deputation, welche sich gestern nach Blankenburg begeben, hat von unserem Herzog die Antwort erhalten, sie wisse, wie er immer über diesen Gegenstand gedacht habe. Er freue sich, daß in Frankfurt endlich diese Entscheidung gewonnen sei, und werde alles Angemessene thun, um den König von Preußen zur Annahme der ihm übertragenen Würde zu bestimmen. (D. A. Ztg.)

Frankfurt, den 30. März. Hier ist die folgende Erklärung erschienen:

„Die Unterzeichneten haben an dem Wahl-Akte Theil genommen, weil sie dafür halten, daß, nachdem gegen ihre Ansicht die Nationalversammlung den Beschluß hierzu gefaßt hat, sie sich ihres Stimmrechts nicht begeben durften. Treu der Ueberzeugung, die sie vom Beginne der Verfassungs-Arbeit geleitet hat, erklären sie jedoch im Angesichte der Nation: daß sie der Versammlung nicht das Recht zuerkennen, die Verfassung des Reiches endgültig zu beschließen, und dessen Krone zu vergeben, sondern daß die Rechtsbeständigkeit dieser Handlungen von der freien Zustimmung der deutschen Regierungen abhängig ist. Sie legen diese ausdrückliche Verwahrung in das Protokoll der heutigen Sitzung nieder, damit zu keiner Zeit ein Zweifel darüber obwalte: daß jedes gute Recht, also auch das gute Recht der Regierungen nicht ohne Vertretung in der Nationalversammlung geblieben sei.

Frankfurt, den 28. März 1849.

Unterzeichnet von:

v. Radowitz. Grävell. Deetz. Naumann. Schlüter. v. Wedemeyer. Merk. v. Selasinsky. Oertel. v. Boddien. Schulze a. P. Kutzen. v. Schröt- ter. v. Treskow. v. Selchow.

— Das Hauptquartier der sog. Großdeutschen, d. h. die im „Hotel Schröder" versammelte österreichisch-baierisch-ultramontane Fraktion hat ihre Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß der König von Preußen die erbliche Kaiserwürde nicht annehmen, daß also Deutsch- land an die Schwelle der Verwickelungen der ernstesten Art treten werde. Sie haben in ihrer vorgestrigen Versammlung beschlossen,

nicht allein den von ihnen (der Fraktion des „Hotel Schröder") gegen die Kaiserwahl zu Protokoll gegebenen Protest, sondern auch (in ihrem Sinne und zu ihrer Absicht) eine Darstellung dessen, wie die Erbkaiserlichen zur Majorität gelangt, in Tausenden von Exemplaren drucken und vertheilen zu lassen. Diese sog. Großdeutschen wollen also jetzt, wo die Nationalversammlung gesprochen, immer noch nicht in ihrer Agitation nachlassen. Wie ganz anders ist dagegen die Haltung der Demokratie! Nicht allein die der Paulskirche gehorcht dem ersten republikanischen Grundsatze, sich der Majorität zu fügen, sondern auch in allen Orten, so weit bis jetzt unsere Kenntniß reicht und selbst in dem doch roth angestrichenen Hanau haben die Demokraten in Erkenntniß der auf demokratischer Grundlage ruhenden deutschen Reichsverfassung die Wahl des erblichen deutschen Kaisers willig hingenommen und sie werden vorerst die Waffen ruhen lassen. (D. Z.)

Leipzig, den 2. April. Gestern, am Sonntage Vormittag versammelten sich auf den plötzlichen Antrag des Stadtraths mit diesem die Stadtverordneten auf dem Rathhause. Der Anlaß dieser außerordentlichen gemeinschaftlichen Sitzung war ein Antrag des Vicebürgermeisters Koch, dahin lautend, daß man der Deputation, die vom Frankfurter Parlament nach Berlin gesendet worden, eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Leipzig, der sich auch der akademische Senat anschließen würde, nach Magdeburg entgegensenden möge, um dieselbe auf ihrer Durchreise im Namen hiesiger Stadt zu begrüßen. Es wurde die Deputation aber nicht beliebt. Von 17 Rathsmitgliedern stimmten nur 5, von 40 Stadtverordneten nur 9 dafür. (D. A. Z.)

Grottau (an der Sächsischen Grenze), den 29. März. Den „C. Bl. a. B." wird aus Wien geschrieben: Kossuth, so erzählt man sich hier, stehe mit der Regierung in Unterhandlungen, und stelle für die vollkommene sogleiche Unterwerfung Ungarns folgende Bedingungen: Die Annahme der vom Reichstag entworfenen Konstitution für die ganze Monarchie und seine Ernennung zum Gouverneur von Ungarn!

Giessen, den 1. April. Vorgestern traf das nach Schleswig bestimmte 5. Baierische Dragoner-Regiment, 900 Pferde stark, in hiesiger Stadt ein. Der Obrist dieses Korps ist der bekannte geistreiche Tourist, Karl v. Heilbronn, Verfasser der „Cartons aus der Reisemappe eines deutschen Touristen" und „Morgenland und Abendland". Heute Morgen setzte das Regiment seinen Marsch weiter fort; es gedenkt den Kriegsschauplatz noch zeitig genug zu erreichen und will zu diesem Zwecke von Hildesheim aus die Eisenbahn benutzen.

Mannheim, den 31. März. Auch unsere Stadt beabsichtigt, sollte der König von Preußen die Wahl annehmen, mit Feierlichkeiten den Tag zu begehen. Man will an dem Tage, wo die Nachricht hier ankommt, illuminiren; doch wollen schon mehrere Leute als sicher verbreiten, der König würde die Wahl ablehnen. Die Stimmung ist zum größten Theile für den König und namentlich unter dem Militair, dessen Stimmung in neuerer Zeit wohl zu beachten ist.

Wiesbaden, den 28. März. Zur Tages-Ordnung der gestrigen Sitzung unserer Abgeordneten-Versammlung gehörte unter Andern die Angelegenheit des Johannisbergs, resp. unser Staats-Verhältniß zum Fürsten v. Metternich. Habel trug den Bericht der Commission vor. Nach diesem unterließ es Fürst Metternich vom Anfang seines Besitzes des Johannisbergs, gleich seinem Französischen Vorgänger, seine Verbindlichkeiten gegen Nassau zu erfüllen. Mit dem März 1848 brach der lang verhaltene Volksgroll gegen einen Mann aus, dessen Politik schon 30 Jahre das Deutsche Volk niedergehalten hatte. Man pflanzte die Nassauische Fahne auf den Johannisberg, bedeckte das Metternich'sche Wappen mit der Nassauischen Farbe, und mit dem 4. April erfolgte von Seiten der Nassauischen Regierung die Beschlagnahme der köstlichen Weine Metternich's. In dem nun erfolgenden Notenwechsel mit Oesterreich erklärte die Nassauische Regierung, daß die Beschlagnahme nur zum Schutze des Johannisbergs gegen Excesse von Seiten des Volks erfolgt sei, wobei sich die Nassauische Regierung ihre Ansprüche auf die rückständigen Steuern vorbehalten. Die ganze Steuerschuld Metternich's von 1815—48 beträgt an Staatssteuern 55,353 Fl., an Gemeindesteuern 15,298 Fl., zusammen also 70,652 Fl. In den weitern Verhandlungen kam die Rede auf ein Bundesschiedsgericht. Oesterreich machte in einer Denkschrift geltend, daß ihm nach der Wiener Congreß-Akte die Souverainetät und das Eigenthumsrecht, so wie die Steuerfreiheit des Johannisbergs zugekommen sei. Um seinen Werth zu ermessen, füge ich hinzu, daß er allein 915 Morgen Wald und 309 Morgen Ackerland, Wiesen und Weinberge umfaßt. Die Metternich'sche Verwaltung ließ es nie an Reclamationen bei den Nassauischen Behörden fehlen, wenn es darauf ankam, ihre Intraden einzutreiben, weigerte sich aber stets, die Steuern zu bezahlen, und die Nassauische Regierung mußte sich vom Oesterreichischen Gesandten mit glatten Worten abspeisen lassen. Unsere Abgeordnetenkammer entschied gestern einstimmig: „Den Rechtsanspruch an den Besitz des Johannisbergs vor der Hand zu wahren und darüber später eine schiedsrichterliche Behörde entscheiden, die oben bemerkte Steuerschuld aber schon jetzt in Anforderung bringen und im Weigerungsfalle den Zwangsweg eintreten zu lassen."

München, den 30. März. Unter den jetzigen Verhältnissen, nachdem allem Anscheine nach die Nationalversammlung dem König von Preußen die Würde als Reichsoberhaupt auf bestimmte Zeit bereits übertragen hat, dürfte es wohl nicht unwichtig erscheinen, daß die große Abneigung, die gegen diesen Fürsten unter dem hiesigen Publikum herrschte, seit einiger Zeit bedeutend abgenommen hat. Wenn daher der König von Preußen die Würde eines Reichsoberhaupts annimmt, so wird man dies hier zwar nicht grade mit Jubel begrüßen, man wird aber auch keine Gegendemonstrationen machen, zumal wenn die Würde nicht unter dem Kaisertitel, sondern als Reichsstatthalter auf bestimmte Zeit übertragen würde. Hat doch der größte Theil unseres Publikums seit längerer Zeit schon die Ueberzeugung geschöpft, daß ein anderer Ausgang vorerst nicht möglich sei.

Stuttgart, den 29. März. Das vorherrschende Gefühl, welches die Entscheidung über die Kaiserfrage in Frankfurt auch bei solchen, die einen andern Ausgang gewünscht hätten, hervorrief, ist hier im Mittelpunkte Württembergs das des Aufathmens, der Erleichterung von langer Bangigkeit. Man hofft, daß durch eine einheitliche Leitung wieder Ordnung in das Staatsleben, und in Folge dessen neue Zuversicht, ein neuer Aufschwung in den tief darniederliegenden Geschäftsverkehr kommen werde. Welcher Umschwung, wenn wir bedenken, wie es vor einem Jahre stand! Am 28. März 1849 wurde Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Kaiser von Deutschland gewählt Am 28. März 1848 zog der große Staats- und Volksmann Scherr mit einem tobenden Haufen Handwerksgesellen und jungen Leuten durch die Straßen Stuttgarts, und ließ außerhalb der Stadt den König von Preußen im Bildniß zuerst hängen, dann erschießen, dann ins Wasser werfen!

Freiburg, den 30. März, Abends 8 Uhr. Zehnte und Schlußsitzung. So eben ist die Verurtheilung Gustav Struve's und Karl Blind's erfolgt. Die Sitzung, welche um 9 Uhr beginnen sollte, nahm erst um halb zwölf ihren Anfang. Sofort wurden von dem Präsidenten 26 Fragen vorgelesen, die den Geschwornen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten. 16 Fragen beziehen sich auf Struve (davon 6 auf seine Betheiligung bei dem ersten Freischaarenzuge und 10 auf die bei den September-Ereignissen), die 10 letzten Fragen betreffen Karl Blind. Die Fragen sind alle thatsächlich gehalten. Der Vertheidiger glaubt guten Grund zu einer andern Fassung der Fragen zu haben, wonach die Geschwornen einfach gefragt werden sollten, ob die Angeklagten unter den bezüglichen Umständen sich des Hochverraths schuldig gemacht hätten. Der Gerichtshof verwarf jedoch den von ihm hierauf gestellten Antrag. Sofort traten die Geschworenen in ihr Berathungszimmer ab, in welchem sie über drei Stunden verweilten. Sie erschienen um halb vier Uhr wieder in dem Sitzungssaal, worauf der von ihnen gewählte Obmann, Accisor Gebhardt von Theningen, die Fragen und die von den Geschworenen dazu gegebenen Antworten vorlas. In allen Fragen in Betreff der Aprilereignisse erklärten die Geschworenen G. Struve für „nichtschuldig", weil die Sache, „in Folge der Revolution" geschehen sei. Die auf die Septemberereignisse bezüglichen Fragen beantworten sie zum Theil mit „schuldig", aber mit Beisätzen, z. B.: „mit mildernden Umständen" oder: „ohne Vorbedacht mit mildernden Umständen". Aehnlich beantworteten sie die Fragen, welche K. Blind betrafen. Mag man von dem Ganzen sonst denken, wie man will, so leuchtet jedenfalls die Absicht daraus hervor, die Angeklagten zwar nicht ganz ungestraft durchschlüpfen, aber auch nicht mit ewiger Kerkernacht bestrafen lassen zu wollen. Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück, worauf der Präsident die Geschworenen darauf aufmerksam machte, daß unsere Gesetze über das Geschwornengericht die Hinzufügung der Zusätze ohne besondere Anregung in der Frage nicht gestatteten, und daß die Worte: „ohne Vorbedacht" dem Gerichtshofe nicht klar seien. Die Geschworenen traten nun wieder ab, und gaben dann statt der mit den erwähnten Zusätzen versehenen Antworten entschiedene, die auf „schuldig" lauteten. Die Angeklagten, besonders Struve, hörten die Verlesung dieser Fragen und Antworten stehend und mit festem Aussehen an. Der Staatsanwalt Eimer trug nunmehr auf acht Jahre Zuchthausstrafe für jeden der beiden Angeklagten und auf Erstattung der Gerichtskosten an. Die Berathung des Gerichtshofes über den Strafantrag mochte eine Stunde dauern, da trat derselbe wieder in den Saal. Alsbald wurden auch die Angeklagten wieder eingeführt und hörten stehend und würdig ihr Urtheil an. Der Antrag des Staatsanwalts wurde genehmigt und G. Struve und K. Blind, jeder zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren oder vielmehr dem entsprechend zu fünf Jahren vier Monaten Einzelhaft verurtheilt. Ueberdies haben sie die Prozeßkosten zu tragen. Brentano erklärte, er werde das Rechtsmittel der Nichtigkeitserklärung ergreifen. Die Verurtheilten sprachen nichts mehr. (N. Fr. Z.)

Wien, den 1. April. F.-M.-L. Wohlgemuth ist gestern mit den Friedenspräliminarien hier durchgereist. Man giebt die Grundzüge derselben folgendermaßen an: Kriegskontribution von 80 Millionen Fres., wovon der 10te Theil sogleich zu entrichten ist; Besetzung der Festungen Novara und Alessandria und einer bestimmten Linie im Lande als Garantie; Reduktion der Piemontesischen Armee auf 25,000 Mann; Entfernung der Sardin. Flotte aus dem adriatischen Meere. Eine andere in den gestrigen Abendblättern mitgetheilte Version läßt eine Contribution von 80 Millionen Gulden verlangen und den 8ten Theil davon als Friedenspfand bereits bezahlt sein. — Es bestätigt sich, daß sowohl König Karl Albert als der neue König sich persönlich zur Unterhandlung ins Radetzky'sche Lager verfügten Der junge König ging auf Radetzky zu und wollte ihn umarmen, allein der Feldmarschall machte eine abwehrende Bewegung. — Die Besetzung des Landes durch 4 Jahre, innerhalb welcher auch die Kriegskontribution zu leisten ist, soll die meisten Schwierigkeiten gemacht haben; allein der Chef des Generalquartiermeisterstabes F.-M.-L. Heß, der bei den Unterhandlungen mitwirkte, rechtfertigte das Verlangen durch die Erfahrungen, welche es bei Traktaten mit Sardinien gelehrt hätten, sich sicher zu stellen. König Karl Albert wurde mit starker Bedeckung nach der Schweizer Grenze eskortirt. — Die Schlacht bei Novara war bis 6 Uhr Abends noch nicht entschieden. Die Piemontesen hatten sich lange geschmeichelt, die ihnen gegenüberstehenden Ungarn und Italiener übergehen zu sehen, fanden sich aber bitter getäuscht, da gerade diese Truppen am hitzigsten fochten. F.-M.-L. Thurn gab den Ausschlag, indem er zu rechter Zeit mit frischen Batterien herangerückt kam und durch ein mörderisches Kartätschenfeuer die Niederlage des Feindes bewirkte. Die Schlacht hatte das Eigenthümliche, daß sie fast ausschließlich mit dem Bajonnet und mit Kanonen ausgefochten wurde

Preßburg, den 31. März. Der Oberbefehlshaber, FZM. Baron Welden, hat bei seiner Ankunft vor Comorn nachstehende Proklamation an die Besatzung der Festung erlassen: Se. kk. Majestät Franz Joseph I. hat nach Besteigung des Thrones dem Königreich Ungarn Gleichberechtigung mit den übrigen kk. Reichen, und den reumüthig Zurückkehrenden Verzeihung zugesagt. Diesen Grundsatz befolgte auch der Oberfeldherr Fürst Windischgrätz, als er mit seiner siegreichen Armee bis zur Theiß vordrang und nach der Einnahme Kaschau's und Tokay's Niemand zur Verantwortung zog, welcher sich dem Gesetze unterwarf. Nur auf die Verräther, die ihrem elenden Ehrgeiz zu Liebe ihr eigenes schönes Vaterland noch jetzt verwüsten und diesen gottlosen Bürgerkrieg auf alle mögliche Weise Vorschub leisten, nur Jenen ist Tod und Verderbniß zugedacht. Demzufolge gebe ich noch 12 Stunden Frist, um daß ein jeder zu den k. k. Fahnen noch zurückkehren kann. Mit Verlauf dieser Frist werde ich aber die Zerstörung Komorns so lange fortsetzen, bis ich noch einen braven Soldaten und meine Kanonen noch Schießbedarf haben. Gott wird mir helfen! Vor Komorn, den 30. März 1849.

Oberbefehlshaber Welden, FZM.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 31. März. National-Versammlung. Sitzung vom 30. März. Anfang $12\frac{1}{2}$ Uhr. Marrast läßt zunächst die monatlichen Abtheilungen durchs Loos ziehen; dann kommt man zu der italienischen Debatte. Thiers: Die vorliegende Frage, beginnt er, ist ernst; sie verdient die größte Berücksichtigung, und Jeder ist verpflichtet, seine Ansichten beizubringen. Ich besteige also die Bühne, nicht weil ich von Herrn Ledru-Rollin provozirt wurde, sondern weil auch ich mich verpflichtet fühle, den Tribut meiner Erfahrung zu zollen. Italien ist untergegangen. (Oh, Oh!) Ja es ist untergegangen, doch nicht für immer, hoffe ich, aber für lange Zeit. Hören Sie die Thatsachen.... Man darf auf die Bühne nicht blos schöne Phrasen bringen. Man muß wissen, was Sie wollen und ich werde sprechen, als ob ich am grünen Tische inmitten von Ministern säße. Sie wollen den Beschluß vom 24. Mai 1848 festhalten, der einen Bruderbund mit Deutschland, und Befreiung Italiens vorschreibt; wohlan, das ist der Krieg. (Agitation.) Sie wollen die Lombardei und Venedig den Oesterreichern entreißen und Sie glauben, daß dies keinen Krieg gebe? Enttäuschen Sie sich. Krieg mit Oesterreich ist eine ernste Sache, selbst wenn Oesterreich ganz allein stände. Aber steht Oesterreich so ganz allein? Sie, die überall Koalition sahen, wollen nicht zugestehen, daß Rußland hinter Oesterreich stehe." (Agitation.) Ihr schmeichelt Euch mit der Allianz der Völker. Triste ressource! Als Ungarn sich erhoben, meintet Ihr, Ungarn, die ein Fünftel des Oesterreichischen Heeres bilden, würden sich nicht gegen Ungarn, ihre Brüder, schlagen; nun, ich glaube, jetzt sind Sie vom Gegentheile überzeugt, die Ungarn waren die Tapfersten in Ober-Italien. Einige Mißvergnügte, Einige Ehrsüchtige habt Ihr für Euch, die Waffen der Völker habt ihr gegen Euch. Aus Rücksicht für Italien möchten Sie uns in einen allgemeinen Krieg verwickeln. Welches Interesse hatn den Frankreich eigentlich an Italien? Un interêt d'influence, und darum wollen Sie dem Landmann seine Hütte entreißen und ihn in einen blutigen Krieg werfen, das wäre eine wahre Thorheit. Herr Ledru-Rollin erhält das Wort, um Thiers zu widerlegen. Herr Thiers predigte 1840 den Krieg, heute predigt er den Frieden. (Man lacht.) Herr Thiers verhandelte damals nahe an 800 Millionen, und dies alles, wie er sagte, nur um einer entfernten Sache zu dienen. Heute handelt es sich um Dinge von der ernstesten Natur, die sich an unserer Grenze zutragen, und da ruft Herr Thiers: man will sich für eine question d'influence schlagen (Agitation.) Herr Thiers sagt, Italien sei todt, für lange todt, und man solle höchstens ein de profundis anstimmen. Ich aber habe eben Briefe empfangen, welche melden, daß General Pepe ein Oesterreichisches Corps von 6000 Mann geschlagen und ganz Venedig in Insurrektion stehe!! Herr Barrot erwiedert, die erste Pflicht einer Regierung sei, die Gesellschaft zu regeln, zu ordnen und nicht die Anarchie nach Außen zu tragen. Man möge der Regierung die Ergreifung der etwa nöthigen Maßregeln überlassen. Die Versammlung könne derselben ihr volles Vertrauen schenken. (Ja! Ja! Nein! Nein!) Nach einigen Vorträgen Dupont's und Flocon's bringt Marrast die gestern mitgetheilte Tagesordnung zur Abstimmung. Dieselbe wird mit 444 gegen 320 Stimmen angenommen. Herr Faucher will sein Klubgesetz den nächsten Montag zur dritten Lesung bringen. Wird aber verschoben. Die Sitzung wird um $6\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

— Der Moniteur enthält folgende telegraphische Depesche: „Marseille, den 30. März. Der Bevollmächtigte des Ministeriums des Auswärtigen in Marseille an den Minister in Paris. Der Französische Consul in Alexandria beauftragt mich, Ihnen zu melden, daß eine außerordentliche Beilage zur „Bombay-Times" vom 4. d. anzeigt: das englische Heer habe laut Berichten vom 25. Februar einen entscheidenden Sieg über die Seikhs erfochten. Diese haben alle ihre Zelte und Artillerie im Stich gelassen."

Paris, den 1. April. Die Post aus Turin vom 28. März, welche heute in Paris eingegangen, bringt ein neues Ministerium des König Victor Emanuel und eine überaus stürmische Kammer-Sitzung, die bis Mitternacht dauerte und mit dem Beschluß endete: „Wer den zwischen Chrzanowski und Radetzki abgeschlossenen Waffenstillstand anerkennt, ist ein Verräther des Vaterlandes." Andere Briefe aus Ober-Italien behaupten, daß die Oesterreicher, ungeachtet des Waffenstillstandes, die Feindseligkeiten wieder begonnen und Bergamo bombardirt hätten; daß die Bevölkerung von Mailand aufgestanden sei und alle Oesterreichischen Insignien abreiße; daß in allen Dörfern die Sturmglocke erschalle und daß sich Genua zur Republik erklärt und unter das Protektorat Englands gestellt habe. Ledru Rollin las diese Nachrichten gestern in der

National-Versammlung vor. Eine Bestätigung derselben fehlt aber bis jetzt. Im Ministerium gingen gestern viele Depeschen ein. Karl Albert ist nach Spanien abgesegelt. Er geht, wie schon vor drei Tagen gemeldet wurde, nach Portugal.

Aus Bourges vom 31. März, 7 Uhr Abends, schreibt man: „Eben wird Huber eingebracht und dadurch das für morgen Abend erwartete Ende des großen Prozesses verzögert. Huber ist von London über Brüssel hierher geeilt, wurde auf der Station vov Vierzon erkannt und verhaftet. Seine Anwesenheit ruft nothwen- dig eine Nach-Instruktion hervor. Die Gerüchte, daß Courtais, Larger und der Pompier Degré freigesprochen seien, während sämmtliche Uebrigen deportirt würden, sind eben nur Gerüchte."

Großbritanien und Irland.

London, den 28. März. In der gestrigen Oberhaus-Sitzung wurde, nachdem mehrere Bills verlesen waren, von dem Grafen Grey die Anzeige gemacht, daß die Regierung die Absicht habe in der laufenden Session eine Bill zur Abänderung der Ver- fassung in Australien vorzulegen.

Im Unterhause nahm sich Hr. Adderley der Klagen der Einwohner vom Vorgebirge der guten Hoffnung an, daß man ihre Koloniecn mit Sträflingen verschonen möchte. Sir George Grey bemerkte, wenn das Haus sich den Ansichten des Vorredners an- schließen wollte, so würde es ein Verdikt gegen die Deportation überhaupt aussprechen, und diese Frage müsse gewiß wohl überlegt werden. Schließlich erklärte der Lord, daß die Wiedersprüche der Kolonisten am Kap berücksichtigt und keine Sträflinge mehr dorthin gebracht werden sollten. Herr Adderley zog hierauf seinen An- trag zurück. Hierauf stellte Herr Fagan den Antrag: das Haus möge sich zum Comite konstituiren, um die Unterstützungssteuer, welche den Namen „Ministergeld" führt, näher zu untersuchen; es sei dies eine der katholischen Kirche schädliche Steuer. Er wollte eine andere Steuer aus dem Einkommen der Geistlichen an deren Stelle gesetzt haben Herr Osborne wollte diese blos auf 8 ka- tholischen Städten im Süden Irlands haftende Steuer ganz auf- gehoben haben, da sie ungerecht sei. Herr Tyrell sah in den An- tragstellern und in denjenigen, welche den Antrag unterstützen, nur Solche, welche die evangelische Kirche in Irland ausrotten wollten. So machte sich in der Debatte, an welcher noch mehrere Mitglieder des Hauses Theil nahmen, die religiöse Parteinahme geltend. Der Antrag wurde verworfen, und das Haus vertagte sich.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde eine große Anzahl von Petitionen vorgelegt. Dann erklärte Herr Hume, daß es seine Absicht sei, einen Antrag dahin zu stellen: „es möge Beschluß gefaßt werden, daß, da der Preis der Nahrungsmittel jetzt eben so billig wie im Jahre 1797 sei, der Gehalt aller Ange- stellten auf die im Jahre 1797 in Anwendung gewesenen Besol- dungen reduzirt werde." Ferner fragte Herr Hume den Advokat-Anwalt oder den Unterstaatssekretair für die Kolonieen, ob die Ak- ten der im vergangenen Jahre, während des Belagerungszustan- des, auf Ceylon eingesetzten Kriegsgerichte eingegangen seien und ob sie dem Hause vorgelegt werden könnten. Hr. Hawes erklärte: im Kolonialamte seien die fraglichen Akten nicht eingegangen. Zum Schluß erklärte Lord John Russell, daß er seine Bill in Betreff des Parlamentseides längstens 8 oder 14 Tage nach Ostern vor- legen werde.

Niederlande.

Haag, den 31. März. Die amtliche Zeitung enthält das Programm für die, am 4. in Delft stattfindende, Beisetzung der Leiche des verstorbenen Königs. — Man erwartet zu dieser Feier ein Mitglied der russischen Kaiserfamilie, vielleicht den Kaiser Ni- colaus selbst. — Es ist hier ein Aufruf zur Errichtung einer Bild- säule für den verstorbenen König erschienen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 24. März. Die berüchtigte Rasmussen, gewesene Figurantin, Putzmamsel ꝛc., welche lange schon als Ge- sellschafterin des Königs ein Stein des Anstoßes und des Aeger- nisses gewesen, ist Sonntag bei Hofe als Baronesse Danner vor- gestellt und vom Könige Ihro Gnaden titulirt worden, welcher Ti- tel ihr gleichwohl noch nicht zukommt. Sie soll auch noch zur Her- zogin erhoben und mit den Gütern der Augustenburger und Glücks- burger beschenkt werden! Diese nordische Lola wird noch eine Kö- nigskrone in den Koth bringen.

Schweiz.

Chur, den 28. März. Unsere heutige Zeitung erwähnt eines Berichtes aus Piemont: Die Kammern in Turin hätten die König- liche Familie ihres Thrones verlustig erklärt und General Chrza- nowski zum Diktator ernannt. Doch ist dieses Gerücht durch nichts bestätigt.

(A. A. Z.)

Italien.

Brescia, den 26. März. Hier wurde die dreifarbige Fahne aufgesteckt, der Weg zum Castell verbarrikadirt und das Militair- spital von den Insurgenten besetzt. Rekonvalescenten und durch- reisende Militairs werden gefangen gehalten. Einem Hauptmann, der, um Geld zu holen, in der Stadt war, wurde das Geld ab- genommen, er selbst halb todt geschlagen und gefangen genommen. Als hierauf das Bombardement der Stadt vom Kastell begann, er- klärten die Insurgenten, „daß sie für jeden Kanonenschuß einem gefangenen Offizier den Kopf abschneiden würden", worauf das Bombardement wieder eingestellt wurde. — Die Neue Zürcher Zeitung vom 29. März berichtet aus Bergamo ohne Datum: Seit einigen Tagen herrschte hier große Aufregung. Nach dem Abzuge der Oesterreicher kamen besonders die unteren Volksklassen in hef- tige Gährung. Ein Wirthshaus wurde zerstört, man fing an, Waffen und Munition auszutheilen, und begann einen Aufstand zu organisiren. Die nächste Veranlassung soll die Verhaftung eini- ger angesehenen Personen gewesen sein, die aber später wieder freigegeben wurden.

Parma, den 23. März. Gestern kam der Gen. Della Mar- mora mit 5000 Piemontesen und 12 Geschützen hier an. Heute erließ er ein Proklam, worin er den Bewohnern von Parma für den enthusiastischen Empfang dankt und die tapfern Parmesanen zum tapfern Widerstand auffordert. (General Della Marmora soll aber am 25. März der Zusammenkunft des Königs von Sar- dinien mit dem Feldmarschall Radetzki beigewohnt haben.)

Novara, den 26. März. Karl Albert und seine Söhne waren am Tage von Novara fortwährend im dichtesten Kugelregen, und um den König fielen rechts und links seine Offiziere. Noch unter den Mauern von Novara wollte er hartnäckig Widerstand leisten. General Durando zog ihn am Arme fort. „Es ist mein letzter Tag, laß mich sterben, General!" rief der König aus. Als er die ganze Größe der Niederlage überblickt hatte, erklärte er, von den Herzogen von Genua, Savoyen, dem Minister Cadorna und seinem Adjutanten umgeben, daß sein Werk zu Ende sei; daß er seinem Lande nicht mehr nützen könne, daß er umsonst den Tod in der Schlacht gesucht und daß er nach reifer Ueberlegung beschlossen, die Krone niederzulegen. „Mein Entschluß steht fest: ich bin nicht mehr der König, es ist Victor, mein Sohn." Er umarmte die Anwesenden, dankte ihnen für ihre Dienste und entfernte sich nach Mitternacht, nur von zwei Bedienten begleitet. — Leider hat sich im Rücken des Oesterreichischen Heeres Brescia erhoben und ist darauf von den Oesterreichern bombardirt worden. Die Brescianer hatten den Mailänder Postwagen ausgeraubt und den Bagage-Transport des Regiments Erzherzog Albrecht aufgehoben, auch den Oesterreichischen Commandanten des Castells, der sich unvor- sichtiger Weise herausgewagt, gefangen genommen.

Kammer-Verhandlungen.

22ste Sitzung der Zweiten Kammer vom 3. April. (Schluß.)
Präsident: Grabow.

Nachdem in der Diskussion über den Parrisius'schen Antrag, auf Sistirung der Verordnungen vom 2. und 3 Januar, der Abgeordnete Pflücker gegen den Antrag des Central-Ausschusses gesprochen, ergreift der Regierungs-Kommissarius Bischof das Wort:

So viel ich gehört, haben alle Redner anerkannt, daß die Abschaffung der Patrimonialgerichte, des eximirten Gerichtsstandes, so wie des heimlichen Gerichtsverfahrens vorzunehmen und daß eine neue Organisation hierzu erforderlich; der ganze Streit bezieht sich also nur darauf, ob in der Organisation das richtige Maaß gehalten worden. Hier muß ich nun darauf hinweisen, daß die Abschaffung des alten Gerichtswesens die Hauptsache, alle organisirenden Verschriften aber bloßes Beiwerk sind. — Die Frage, welche Gerichtsverfassung die beste ist, läßt sich nach meiner Ansicht nicht abstrakt lösen, sondern man muß dabei die Bedürfnisse der einzelnen Provinzen berücksichtigen.

Die Verfassung ist von den Kammern anerkannt worden (Widerspruch zur Linken), in der Verfassung aber wird der Regierung die Befugniß gegeben, in dringenden Fällen ohne vorhergegangene Genehmigung der Kammern Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Man kann sagen, daß diese diskretionaire Gewalt einzuschränken sei oder daß das Ministerium bei ihrem Gebrauche zu weit gegangen und deshalb zu tadeln sei; aber man kann nicht sagen, daß, so lange jene Bestimmung (Art. 105.) der Verfassung besteht, die auf Grund derselben einseitig von der Regierung erlassenen Verordnungen ungültig seien.

Thiel polemisirt gegen die ministerielle Auffassung des Art. 105 der Verfassung, so wie gegen das „beliebte Oktroyiren." Der Redner wendet sich hierauf gegen den Census bei den Geschwornen. Er empfiehlt das Bucherſche Amendement zur Annahme, da dasselbe geeignet sei, gegen fernere Ordonanzen zu schützen.

Bucher: Wenn der Herr Regierungs-Kommissar sagt: weil die Kammern die Verfassung anerkannt, sind auch jene Verordnungen rechtsgültig; so will ich ihn auf die Konsequenzen seiner Behauptung aufmerksam machen. Wenn nämlich die Verfassung erst durch die Anerkennung der Kammern rechtsgültig geworden, so folgt daraus, daß sie am 2. und 3. Januar noch nicht gültig gewesen (Beifall zur Linken.) Art. 105. der Verfassung soll wahrscheinlich eine Nachahmung der englischen Indemnitätsbill sein; diese Nachahmung ist eben so gelungen, wie andere, womit uns das Ministerium im vorigen Jahre beschenkt hat. (Beifall zur Linken.)

Der Redner bemüht sich hierauf, aus den bestehenden Verhältnissen nachzuweisen, daß ein dringlicher Grund zur Publikation nicht vorlag und bezeichnet das Organisationsgesetz als bureaukratisch. Er schließt mit den Worten: Entweder muß die Regierung die Grundsätze der Revolution ehrlich ins Leben einführen oder mit der Larve des Konstitutionalismus zum Absolutismus zurückkehren; ich fürchte das Letztere.

(Beifall zur Linken.)

Dane: Wir haben ganz andere Mängel, die zu beseitigen wären. Wir haben eine Vormundschaftsordnung, die den Vormund bevormundet, (Heiterkeit), eine Hypothekenordnung, unter welcher der Kredit leidet, (Beifall), wir haben eine Prozeßordnung, daß man sagen kann: wir sterben an der Gerechtigkeit (Heiterkeit und Beifall.)

Dierschke für die motivirte Tages-Ordnung: Der Redner ist der Meinung, daß die Sistirung nicht mehr möglich, so wie auch, daß die Verordnungen manches Gute enthalten. Sodann verweist er noch darauf, daß durch die Anstellung vieler Patrimonialrichter als Advokaten eine zu große Konkurrenz in der Advokatur entstehen könne, welche dieser wie dem Publikum schädlich werden würde.

Hierauf wird der Schluß verlangt und angenommen.

Parrisius als Antragsteller. Wir haben uns zu fragen, ob das Ministerium die Befugniß hatte, diese provisorischen Verordnungen zu erlassen und es ist unsere Pflicht, gegenüber den großen Gefahren und den großen Schäden, die daraus entstehen können, die Sistirung auszusprechen.

Es ist dies um so mehr die Pflicht der Kammer, als selbst dem §. 105. der Verfassung nicht genügt ist, da nach diesem die Verordnungen beiden Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden mußten. Hierdurch wären wir in den Stand gesetzt worden, Aenderungen vorzunehmen, jetzt bleibt uns nichts übrig, als unser Recht zu wahren. Es ist höchst gefährlich, bei dem Eintritt in die Epoche eines neuen Rechtsbewußtseins Verordnungen zu dulden, die nicht verfassungsmäßig erlassen sind.

Der Antrag des Abgeordneten Parrisius auf Sistirung der Verordnung vom 2 und 3. Januar wird verworfen; dagegen wird das Amendement von Evelt angenommen; das v. Kleistſche Zusatz-Amendement wird verworfen. Die Bucherſche Tagesordnung wird mit 159 gegen 149 angenommen. Das Resultat ist durch Zählung ermittelt worden Man verlangt, daß noch einmal durch Namensaufruf abgestimmt werde.

Der Minister des Innern theilt während der Abstimmung mit, daß Se. Majestät heut um 12½ Uhr die Deputation der Frankfurter National-Versammlung im Rittersaale empfangen und auf die Anrede des Präsidenten Simson eine Erwiederung gegeben, die der Minister wörtlich vorliest.

153 stimmen das zweite Mal für, 142 gegen die Bucherſche Tages-Ordnung. Dieselbe lautete: In Erwägung,

1) daß dem Staatsministerium nicht die Befugniß zustand, die Verordnungen vom 2. und 3. Januar 1849 ohne Zustimmung der Volks-Vertreter zu erlassen und sogar Schritte zu ihrer Ausführung zu thun,

2) daß das Ministerium für alle Folgen dieser Handlungsweise verantwortlich ist,

3) daß es von der Entscheidung der Volksvertreter abhängig sein wird, welche Einrichtungen definitiv oder provisorisch Bestand haben oder rückgängig gemacht werden sollen,

4) daß die Kammern die Berathung hierüber beschleunigen werden, es aber vorher nicht zweckmäßig ist, bestimmte Anträge auf Sistirung zu stellen, geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Vize-Präsident: Ich habe hier noch einen dringlichen Antrag und es fragt sich, ob die Kammer ihn heute schon hören will. (Ja! ja!) Dann bitte ich den Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

Der Schriftführer verliest den bereits in der gestrigen Nummer mitgetheilten Antrag:

„Die Hohe Kammer wolle beschließen: In Erwägung, daß die Antwort, welche die Minister Sr. Majestät dem Könige der Deputation der Frankfurter Versammlung zu ertheilen angerathen haben, mit den von der Hohen Kammer in der gestrigen Adresse ausgesprochenen Ansichten nicht im Einklange steht, und daß das deutsche Vaterland dadurch den größten Gefahren ausgesetzt ist, eine Kommission zu ernennen, welche mit Bezug auf diese Antwort eine Adresse an Se. Majestät zu ernennen hat, worin die Ansicht der Kammer über die jetzige Lage des Landes ausgesprochen wird.

v. Arnim. v Vincke. Martens. v Beughem und Andere."

Nachdem die Dringlichkeit unterstützt worden, schreitet die Kammer zur Wahl der Kommission, und zwar wählt jede Abtheilung drei Mitglieder. Um 4 Uhr verkündet der Vize-Präsident das Resultat. Es sind gewählt worden:

v. Vincke, v. Berg, Dörk aus der 1sten, Berends, Pape (Münsterberg), Schramm aus der 2ten, v. Werdeck, Wolf, v. Kirchheim aus der 3ten, Wentzel (Ratibor), Pelzer (Lennep), Fubel aus der 4ten, Grün, Dane, Ziegler aus der 5ten, Morill, Schlottheim, Wiethaus aus der 6ten, Phillips, Ulrich und v. Auerswald aus der 7ten Abtheilung.

Der Schriftführer erklärt, daß unter dem Antrage, der so eben zur Berathung vorliegt, der Name „von Arnim" sich nicht befindet und daß er (der Schriftführer) sich nur verlesen habe.

Nachdem der Streit über Festsetzung des nächsten Sitzungstags eine Weile fortgedauert, fragt die Vizepräsident: ob morgen eine Sizzung sein solle unter der Voraussetzung, daß der Kommissionsbericht noch heute gedruckt und an die Abgeordneten vertheilt werden könne? Die Stunde der Sitzung werde er dann später bestimmen. Diese Frage wird mit großer Majorität bejaht.

Die Kammer beschließt hierauf, daß morgen eine Sitzung um 4 Uhr stattfinden soll. Der Vize-Präsident wird die Tagesordnung für diese Sitzung erst morgen bekannt machen. Die Versammlung trennt sich um 5½ Uhr.

19te Sitzung der Ersten Kammer vom 4. April.
Anfang 10¼ Uhr. Präsident v. Wittgenstein.

Am Ministertisch: von Strotha, von Rabe und von Zur Mühlen.

Kriegsminister v. Strotha verliest die schon bekannte Antwort des Königs an die Deputation der deutschen Nationalversammlung und fährt nach der Verlesung fort: Das Ministerium nimmt in dieser Stunde Anstand, sich darüber schon zu äußern, was in Folge der Allerhöchsten Antwort Sr. Majestät geschehen muß und wird. Das Ministerium kann aber die Versicherung geben, daß es auf Grund der Cirkular-Noten vom 23. Januar und 16. Februar, auf Grund der darauf sich beziehenden Mittheilungen des Herrn Conseil-Präsidenten, mit Rücksicht auf die Bedeutung des Momentes ungesäumt handeln wird, daß es aber mit Hinsicht auf die in der Adresse dieser hohen Kammer enthaltens Andeutung, welche aufmerksam macht auf die vorhandenen Schwierigkeiten, mit derjenigen Besonnenheit handeln zu müssen glaubt, welche die Rücksicht auf die Wohlfahrt Preußens und die darauf gestützte Einheit Deutschlands erfordert. (Bravo rechts.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgender Antrag des Abgeordneten Hüffer und Genossen: Die Hohe Kammer wolle beschließen: daß eine aus der Wahl der Abtheilungen hervorgegangene Kommission von zehn Mitgliedern gebildet werde, um die in der anliegenden Denkschrift nitdergelegten Vorschläge zur Verbesserung des Looses der Fabrik-Arbeiter in Erwägung zu ziehen, welche dahin gehen, durch Zusammenwirken der Werkherren und Arbeiter und Unterstützung Seitens des Staates die Mittel zu erlangen, damit: 1) den Arbeitern die nöthigsten Lebensmitteln stets zu einem festen Mittelpreise gesichert werden können, auf daß sie nicht mehr in den Fall kommen, in Nothjahren, oder bei sonst eintretender Theuerung, dieselben zu einem Preise bezahlen zu müssen, der mit ihrem gewöhnlichen Wochenverdienste nicht im Verhältniß steht; 2) für Fälle großer Arbeitsstockung, wie wir sie im vorigen Jahre erlebt haben, und noch jetzt empfinden, den Arbeitern unter die Arme zu greifen, und ihnen zu ihrem dann geringeren Lohne einen Zuschuß zu gewähren, der sie in den Stand setze, die Nothzeit leichter zu übertragen, den ganz Unbeschäftigten aber anderweitige lohnende Beschäftigung zu geben; 3) möglicherweise auch den alten arbeitsunfähigen Arbeitern, wenn sie sich stets gut geführt haben, in ihren alten Tagen unter die Arme zu greifen.

Die Motive für diesen Antrag sind in einer Denkschrift näher entwickelt.

Derselbe wird verlesen und da er hinreichend unterstützt ist, den Abtheilungen übergeben.

Eben so der Antrag des Abgeordneten Walter:

Die Kammer wolle beschließen: „der Staatsregierung den Vorschlag zur Erwägung vorzulegen, daß eine stehende Kammission von drei von Sr. Majestät dem Könige zu ernennenden Mitgliedern eingesetzt werde, welche, unbeschadet der den Ortsbehörden und Gemeinden für die Wohlthätigkeitspflege zustehenden Rechte und obliegenden Verpflichtungen, als Centralbehörde von den dadurch möglichen höheren Standpunkte aus für die Förderung der durch die öffentliche und Privatwohlthätigkeit beabsichtigten Zwecke thätig sein, namentlich über die Zahl und den Zustand der Armen die genauen Materialien zu sammeln, sich über die der Wohlthätigkeit gewidmeten Kräfte und Anstalten zu unterrichten, die allgemeinen und örtlichen Ursachen der Armuth, ihrer Ab- und Zunahme, mit Vergleichung der in anderen Ländern vorkommenden Erscheinungen zu erforschen, die Mittel der Abhülfe in Erwägung zu ziehen, sich darüber mit den betreffenden anderen Staatsbehörden in Verbindung zu setzen, die auf das Armenwesen sich beziehenden Gesetze zu revidiren, und die Resultate ihrer Nachsuchungen und Erfahrungen mit den geeigneten Vorschlägen jährlich in einem den Kammern zu erstattenden ausführlichen Berichte zu veröffentlichen haben soll."

Der Antrag des Abgeordneten v. Daniels:

Die Kammer wolle beschließen: den folgenden Gesetzes-Entwurf der Krone zur Genehmigung vorzulegen:

Gesetz, die Aufhebung verschiedener Beschränkungen der Darlehnsfähigkeit betreffend.

Einziger Artikel.

Die nachstehenden Gesetzesbestimmungen:

1) allgemeines Landrecht Th. 1. Titel XI. §§. 678. bis einschließlich 681., §. 684., §. 685. Schlußsatz, §. 687. Schlußsatz, §. 688. Schlußsatz, §§. 690 und 691., §§. 695 und 696., §. 700., §. 711.; Königliche Verordnung vom 18. März 1811 (G. S. für 1812 S. 5), betreffend die Freiheit der Unteroffiziere und der gemeinen Soldaten, über ihr Vermögen zu verfügen, §. 4. der zweite Absatz und allgemeines Landrecht Th. II. Tit. 20., §§. 1314. und 1315.; 2) allgemeines Landrecht Th. I. Tit XI., §. 704; 3) allgemeines Landrecht Th. II. Tit XII. §. 99., §§. 104. bis einschl. 109.; Anhang §. 142. zu §. 106. a. a. O. und Anhang §. 143. zu §. 109. a. a. O.

sind aufgehoben.

Wird den Abtheilungen übergeben.

Der Antrag des Abgeordneten Buslaw und Genossen:

Die Hohe Kammer wolle beschließen: daß die nöthige Zahl katholischer Geistlichen unter Mitwirkung der resp. Erzbischöfe und Bischöfe bei allen Preußischen Heeres-Abtheilungen, denen katholische Soldaten eingereiht sind, angestellt und die Anstellung dergestalt beschleunigt werde, daß die diesjährige Osterbeichte und die Osterliche Kommunion noch rechtzeitig abgehalten werden kann, und daß für die katholischen polnischen Soldaten aus dem Großherzogthum Posen und aus den Provinzen Preußen und Schlesien katholische Geistliche ausgewählt werden, welche der polnischen Sprache vollkommen mächtig sind, wird durch die nach der Geschäfts-Ordnung geforderte Anzahl von 60 Stimmen für dringlich befunden.

Kriegs-Minister: Was die allgemeinen Bedürfnisse der Seelsorge für die in der Armee dienenden Katholiken betrifft, so ist dies schon Gegenstand langer Verhandlungen gewesen, auch schon viel dafür geschehen. Ich gebe indeß zu, daß noch manches geschehen kann. In der neuen dem Ministerium bereits vorliegenden Militair-Kirchen-Ordnung ist die katholische Seelsorge möglichst berücksichtigt. Für die jetzt in Schleswig befindlichen Truppen ist ein hiesiger Kaplan nach Rendsburg gesandt, auch für die Westphälischen Truppen ist gesorgt. Der Minister macht hierauf noch einige weiter detaillirte Mittheilungen und verspricht schließlich, in einiger Zeit weiter auf die allgemeinen Verhältnisse der Seelsorge in der Armee einzugehen. Der Antrag von Kuh: Die Hohe Kammer wolle beschließen: die Ernennung einer Kommission, welche die durch die Antwort Sr. Majestät des Königs an die Deputation der Frankfurter National-Versammlung herbeigeführte Lage der Dinge in Erwägung ziehe; eventuell eine Adresse an des Königs Majestät entwerfe, um eine anderweite mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Sr. Majestät herbeizuführen, wird als dringlich durch mehr als 60 Stimmen anerkannt.

Dyhrn: Der gestellte Antrag ist so dringlich, daß wir keinen Augenblick zögern dürfen, auf ihn einzugehen. Es sind jetzt Feiertage, wir können die Sitzungen aber zu solchen Stunden halten, wo Niemand in der Erfüllung seiner kirchlichen Pflichten gehindert wird. Ich trage darauf an, morgen und Sonnabend Sitzungen zu halten. Ich begreife nicht, wie wir können in dem österlichen Gefühl gestört werden durch eine so ernste und wichtige Arbeit. Was aber das Verreisen von Mitgliedern betrifft, so glaube ich, daß es für uns keine höhere Pflicht giebt, als die, die Ehre Preußens und Deutschlands zu wahren. (Bravo!)

Hansemann: Ich glaube, daß es der Würde dieser hohen Kammer angemessen ist, den Antrag gründlich zu prüfen. Das Eingehen auf die Verfassung wird durchaus nothwendig sein. Die Versammlung darf nicht blind in eine so wichtige Verhandlung hineingehen. (Bravo rechts.)

Graf Itzenplitz: Der Antrag hat nach den Erklärungen des Kriegs-Ministers keine Dringlichkeit mehr, ich glaube, daß die deutsche Angelegenheit bei dem Ministerium in guter Hand ist, man muß ihm nur Zeit lassen, seine Pläne auszuführen (Oh! oh!).

Heffter: Das Geschäfts-Reglement erlaubt der Kommission, mit der Berichterstattung über dringliche Anträge bis 5 Tage zu erwarten.

Dyhrn: Gegen Herrn Heffter wünsche ich zu bemerken, daß die 5 Tage ein Recht, aber nicht eine Pflicht der Kommission sind. Wenn sie in 5 Stunden mit ihren Berathungen fertig ist, können wir nichts dawider einwenden.

Meine Herren, ich glaube, es giebt noch ein anderes Moment der Dringlichkeit. Wir können die Herren, welche Berlin jetzt noch in seinen Mauern sieht, nicht abreisen lassen, ohne ihnen gezeigt zu haben, wie die erste Kammer denkt (Bravo!).

v. Gerlach: Ich spreche mich für den Vorschlag des Präsidenten aus mit Rücksicht auf die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl, das von jener Seite geltend gemacht worden ist. Wir müssen die Wirkung abwarten, welche die Gerechtigkeit athmende Königl. Antwort im Lande machen wird. (Gelächter.)

Bei der Abstimmung erhebt sich die große Mehrheit der Versammlung für die Ansetzung der nächsten Sitzung auf Mittwoch. (Aufregung.) (Schluß der Sitzung $11\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, den 11. c. 12 Uhr.)

Locales ꝛc.

! Aus dem zu reorganisirenden Theile, am 3. April. Die Departements-Verwaltungsbehörde hat im Interesse der hier noch immer nicht ganz gesicherten Ruhe und Ordnung nachstehende Verfügung erlassen: „Durch die Circulairverfügung vom 8. Febr. v. J. sind die Bedingungen bekannt geworden, unter denen Polen aus dem Kaiserlich Oestreichischen Staaten der Eintritt in die diesseitigen Staaten gestattet ist. — Das Königl. Ministerium hat jetzt angeordnet, daß mit Ausschluß des bloßen Grenzverkehrs alle fremden Polen, also nicht bloß die österreichischen, gleichviel ob sie Emigranten sind, oder nicht, nur dann Einlaß erhalten sollen, wenn ihre Pässe entweder das Visa einer Königl. Gesandtschaft erhalten haben, oder wenn ihnen dieselben erweislich auf Grund der Erlaubniß des Ministeriums des Innern ertheilt worden sind. —

Es sind demgemäß diejenigen Polen, welche ohne Beachtung der vorstehenden Bestimmungen die Grenze überschreiten, pr. Zwangspaß oder Reiseroute des Landes zu verweisen, und ist ihnen protokollarisch zu eröffnen, daß sie im Falle der Rückkehr, Festungsstrafe bis zu 2 Jahren zu erwarten haben. —

Ferner sind die Ausländer, welche ohne Paß in den diesseitigen Staat übertreten, oder sich irgend einen Verstoß gegen die bestehenden Bestimmungen zu Schulden kommen lassen, oder dem Lande lästig werden, an die Heimathsbehörden auszuliefern. —

Es versteht sich indeß von selbst, daß der Grenzverkehr auf Grund von Legitimations-Karten innerhalb dreier Meilen von der Grenze hierdurch nicht beschränkt wird."

† Pleschen, den 2. April. Der hiesige Landrath hat unterm 31. März c. an die Unterbehörden nachstehende Verfügung erlassen, die ihrerseits gewiß recht viel zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther beitragen wird. „Nachdem das 2. Bataillon 19. Landwehrregiment von Schrimm abgerückt ist, sehe ich mich veranlaßt, die Unterbehörden des Kreises zu ersuchen, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die zurückgebliebenen mittellosen Familien der Landwehrmänner gegen Noth gesichert werden. In Betreff der zu gewährenden Unterstützungen mache ich auf den Staatsministerial-Beschluß vom 19. August 1848 aufmerksam, worin sub 3 folgende dringenden Unterstützungen bezeichnet werden, a) Befreiung von allen Gemeindelasten, b) Befreiung vom Schulgelde, c) unentgeldliche ärztliche Pflege und Arznei, d) unentgeldliche Verabreichung solcher Naturalunterstützungen, welche die übrigen Gemeindemitglieder gegen Taxe erhalten, e) Unterstützung durch Bearbeitung ihrer Grundstücke, f) Unterstützung von Kartoffeln, Brotkorn und Geld. Die Unterstützungen sub a, b, c und d müssen den bedürftigen Familien unbedingt gewährt werden, ebenso müssen die sub f, wenn es sich um die fernere Subsistenz der Familie handelt, nach Maßgabe des Armengesetzes verabreicht werden. — Inwiefern es gelingen sollte die Mittel hierzu und zu den sub e genannten Hilfsleistungen durch Gründung von Vereinen zu beschaffen, hierüber erwarte ich bis zum 7. April Bericht. — Vorweg muß aber dafür gesorgt werden, daß nicht etwa Familien obdachlos werden, und nöthigenfalls sind unbemittelte Familien auf Kosten der Commune unterzubringen."

Musikalisches.

Posen, den 5. April. Robert Nagel, ein blinder Flötist aus Memel, der kaum noch die Schwelle des Jünglingsalters betreten hat, gab gestern Abend ein Conzert im Saale des Hôtel de Saxe. Der jugendliche Künstler, der schon beim ersten Anblicke durch sein Unglück wie durch seine Bescheidenheit die wärmste Theilnahme weckt, besitzt unverkennbar ein schönes Talent, wie er denn auch einzelne Piecen recht wacker und untadelhaft ausführte. Ein doppelt herbes Geschick hat es dem Armen nicht vergönnen wollen, die herrliche Gabe, welche ihm in seiner Nacht Ersatz leisten soll für das holde Licht des Tages, für die bunte Welt der Farben, daheim im trauten Stübchen erst voller noch zu entwickeln, ehe er sich hinausführen ließ in die kalte fremde Welt, vielmehr vor der Zeit ihn gezwungen zum Wanderleben, um sich selbst und dem unbemittelten Vater ein Erhalter zu werden. Desto schmerzlicher war es, die Klagetöne seiner Flöte von den Wänden eines fast leeren Saales wiederhallen zu hören. Die Hauptveranlassung dieser beklagenswerthen Ungunst war jedenfalls, daß an demselben Abende der geniale Geigenzauberer Apollinar v. Kątski — vor überfüllten Räumen sein viertes Conzert gab. Kątski, ein großer Meister der edlen Tonkunst, wie Jeder, der ihn gehört hat, freudig bekennen wird, hätte hier Gelegenheit gefunden, um den Künstlerlorbeer, den man ihm so reichlich gewunden in unserer Stadt, noch die Glorie einer edlen Liebesthat zu gießen: der Lorbeer würde wahrlich nur grüner und frischer geblüht haben unter diesem schönen Lichte, wie es einst geschehen bei Kątski's berühmtem Kunstvorfahren Alexander Boucher, der sich im Charlottenburger Schloßgarten am Sterbetage der Königin Luise so hochherzig des armen Geigen-Invaliden annahm. Robert Nagel, der blinde Knabe, hatte den eben hier weilenden Krakauer Meister gebeten, aus Großmuth bei seinem Conzerte eine Piece vorzutragen, der Meister aber aus mancherlei Gründen dies Ansinnen zurückgewiesen, zurückgewiesen mit demselben Rechte, mit welchem der Reiche den Darbenden von seiner Thür weist.

Berliner Börse.

Den 4. April 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld
Preussische freiw. Anleihe	5	$101\frac{3}{4}$	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{5}{8}$	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$99\frac{3}{4}$	99[illegible]
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$85\frac{5}{8}$	$85\frac{1}{4}$
Grossh. Posener „	4	$96\frac{1}{4}$	$95\frac{1}{4}$
„ „	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{5}{8}$	—
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$	—
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	$92\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	$92\frac{3}{4}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88	87
Friedrichsd'or	—	$13\frac{1}{12}$	13[illegible]
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{7}{8}$	12[illegible]
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$74\frac{3}{4}$
„ Prioritäts-	4	$87\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	—	46
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	54	$53\frac{1}{2}$
„ „ Prior. A. B.	4	84	—
„ „ „	5	94	—
Berlin-Stettiner	4	—	$85\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	76
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	109
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	72	$71\frac{1}{4}$
„ Prioritäts-	4	—	$86\frac{1}{4}$
„ „	5	—	99[illegible]
„ „ III. Serie	5	$99\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	91
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	—	91
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	—	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$48\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{4}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.